

# Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

## **Stickoxid-Thematik – Fuhrgewerbe-Innung fordert politische und rechtliche Neudiskussion der Grenzwertfestlegung und der Systematik der Messungen**

(Berlin, 14.01.2019) Die Festlegung des Immissionsgrenzwertes für Stickstoffdioxid (40 µg/cbm Luft) und die angeblichen Tausenden vorzeitiger Todesfälle pro Jahr infolge der Stickoxidbelastung in den Städten entbehren ebenso jeglicher seriöser wissenschaftlicher Basis wie die angeblich gesundheitsgefährliche Konzentration des Stickoxids bereits bei 40 µg. Diese Aussagen trafen unabhängig voneinander zwei renommierte Lungenmediziner in der am 07.01.2019 in der ARD ausgestrahlten Dokumentation „Das Diesel-Desaster“.

Des weiteren – so wurde aus dem Beitrag deutlich – werden Messstationen oftmals nicht wie gefordert aufgestellt, nämlich so, dass sie ein Bild von der tatsächlichen Lebenswirklichkeit einer Stadt bzw. eines ganzen Straßenabschnitts wiedergeben. Stattdessen werden Standorte bestimmt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Überschreiten des Grenzwertes von 40 µg erwarten lassen, unabhängig davon, wie viele Menschen sich wie lange dort im Freien aufhalten (Beispiele im Beitrag: Stuttgart am Neckartor, Oldenburg an der Umgehungsstraße).

Allein diese beiden Aspekte fordern eine Neudiskussion der Grenzwertfestlegung und der Ermittlung der tatsächlichen Belastung des Straßenlandes mit Stickoxiden heraus, statt jetzt – wie in vielen Kommunen, darunter Berlin, durch die Deutsche Umwelthilfe gerichtlich erstritten – möglichst zahlreiche Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu verhängen. Die Wahl zum Europaparlament in diesem Jahr bietet einen guten Ansatz, dieses Thema erneut aufzugreifen und den im Jahr 2005 aufgrund einer Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO EU-weit festgelegten Grenzwert wissenschaftlich seriös zu hinterfragen und entsprechend den dann gewonnenen Erkenntnissen neu zu definieren.

Selbst die USA, sonst immer als Musterbeispiel der Luftreinhaltung gepriesen (merkwürdigerweise sind die Protagonisten, die sich sonst immer so vehement auf die US-Festlegungen berufen, in diesem Thema so still), sind der WHO-Empfehlung nicht gefolgt und haben einen Grenzwert von über 100 µg festgelegt. Auch das besonders umweltorientierte Kalifornien liegt mit seinem Grenzwert noch jenseits der 50 µg. Würden sich die EU und die Bundesrepublik auch in diesem Fall am amerikanischen Vorbild orientieren, gäbe es hierzulande die Diskussion überhaupt nicht. Auch würden nicht zehntausende PKW- und LKW-Besitzer kalt enteignet, weil ihre oftmals recht jungen Dieselfahrzeuge infolge der Verbotsdiskussionen hierzulande massiv an Restwert eingebüßt haben oder gar unverkäuflich sind.

Ergänzend zu den gesundheitswissenschaftlich fragwürdigen Argumenten der Dieselvebotsbefürworter wartete der genannte ARD-Beitrag noch mit weiteren Erkenntnissen auf: die Zubereitung von Gerichten auf dem Gasherd in der Küche oder eine stimmungsvolle Atmosphäre bei Kerzenschein im häuslichen Wohnzimmer überraschen mit Stickoxidwerten, die bei



# Pressemitteilung

## Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

einem Vielfachen der besagten 40 µg/cbm Luft im Straßenland liegen. Und dort fordert die Deutsche Umwelthilfe weder einen Grenzwert noch irgendwelche Verbote! Es kann in diesem Land nicht schaden, auch den gesunden Menschenverstand wieder etwas stärker zu bemühen, statt sich von ideologisch motivierten Theorien auf wissenschaftlich fragwürdiger Basis politisch und gesellschaftlich treiben zu lassen!

Verantwortlich: Gerd Bretschneider  
Telefon: 030 – 251 06 91  
Fax: 030 – 251 06 93  
e-Mail: [info@fuhrgewerbe-innung.de](mailto:info@fuhrgewerbe-innung.de)  
Internet: [www.fuhrgewerbe-innung.de](http://www.fuhrgewerbe-innung.de)